

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Oberdeutsche Zeitung. 1841-1843 1841

339 (8.12.1841)

Die Oberdeutsche Zeitung erscheint täglich, und wird in Karlsruhe als Abendblatt ausgegeben. Der jährliche Abonnementpreis beträgt 6 R., wozu bei dem Bezug durch die Post noch die Expeditionskosten kommen. Man abonnirt in Karlsruhe bei der Expedition des Blattes (W. Braunsche Buchhandlung), für auswärtig bei den betreffenden Postämtern.

Nr. 339.

Die großherzogliche Oberpostamt-Zeitungs-Expedition in Karlsruhe hat die Hauptredaktion übernommen. Für Frankreich abonnirt man bei Herrn Alexander, Grandgasse Nr. 28, in Straßburg. Inverate aller Art werden aufgenommen und der Name einer dreispaltigen Verzeile mit 3 Kr. (bei dem zweiten und jedem folgenden Abdruck mit 2 Kr.) berechnet.

Oberdeutsche Zeitung.

Karlsruhe.

Mittwoch, 8. Dezember

1841.

Die holländische Kolonialpolitik.

(Von Heinrich Pütter.)

III.

Deutschland, ohne Kolonien, hat ein nicht nur eben so großes, sondern ein noch viel gebieterischeres Interesse, sich gegen die allen eigenen Handel, alle eigene Schiffahrt, alle innere Fabrikation lähmende, und uns von allem Gelde entblößende Einfuhr holländisch-javaischer Produkte zu verwehren, als irgend ein Kolonialstaat. Mehr aber noch: Deutschland kann Dies auch, nach erfolgtem Anschlusse der Hansestädte an den großen Zollverband, leichter und besser, als andere Länder, mit weniger, oder vielmehr ohne alle Aufopferung von Seiten der Staatskassen, selbst ohne Schwälerung der jetzigen, unmittelbar vom fremden Zucker erhobenen Staatsrevenüen, mit weniger Belästigung seiner inneren Konsumenten, und ohne alle Beeinträchtigung eigener Kolonialinteressen, die es nicht zu berücksichtigen hat.

„Ohne Aufopferung der Staatskassen!“ Hierbei müssen wir die Frage vorausstellen: Wie viele Millionen, wie viele hundert Millionen, hat sämtliche europäische Staaten die Erwerbung ihrer Kolonien, der Anbau, die Verteidigung, die Verwaltung derselben gekostet, und wie viel kostet sie dieselbe noch jetzt? Die Schulbücher dieser Staaten und ihre jährlichen Budgets beantworten diese Frage. Deutschland hat Nichts zu ähnlichen Zwecken verwendet; dagegen aber hat die individuelle Kraftanstrengung in Deutschland, nach vielen mühsamen und kostbaren Versuchen, dem Staate Deutschland durch die Rübenzucker-Kultur und Fabrikation geschenkt, was andere Staaten nur durch Blut und unberechenbare Summen erkauft haben, und was Deutschland, sobald es ernstlich will, wenigstens in Hinsicht des Zuckers, von sämtlichen Tropenländern und deren Sklaven, Malayen u. für alle Zeiten völlig unabhängig machen kann.

„Ohne Schwälerung der jetzigen vom fremden Zucker unmittelbar erhobenen Staatsrevenüen!“ Diese Staatsrevenüen betragen im Zollverbande zwischen 5 und 6 Millionen Thaler jährlich, setzen daher einen Verbrauch von 1 Million bis 1,200,000 Binn. fremden Rohzuckers voraus, was mit verschiedenen statistischen Angaben, welche die Konsumtion des ganzen Zollverbandes, die Bevölkerung zu 25 Millionen gerechnet, auf etwa 4 Pfund raffinierten Zucker per Kopf angeben, ziemlich übereinstimmend ist. Es handelt sich also darum, diese Einnahme den Staatskassen zu erhalten, ohne die inländische Rübenzucker-Fabrikation mehr zu besteuern, wie sie es für die nächsten drei Jahre jetzt schon ist, ohne den einheimischen Zuckerkonsumenten ihren Bedarf zu verheuern, und ohne zugleich den auswärtigen Zuckerhandel über Hamburg, der unendlich wichtig für Deutschland ist und bleiben wird, weil er mit norddeutschen Fabrikaten liquidirt wird, zu schmälern. Alles Dieses aber läßt sich durch eine einzige Maßregel, die Deutschland ganz in seiner Macht hat, und andere Staaten längst schon eingeführt haben, vollständig vereinen und ins Werk setzen: durch exzeptionelle Besteuerung, oder, was gleich ist, durch einen Differentialzoll von 10 Thln. auf die Einfuhr des javaischen Rohzuckers, während die Abgabe für allen andern fremden Zucker, den wir mit deutschen Produkten bezahlen, mit eigenen Schiffen holen, selbst ein- und verkaufen können, auf dem Zollfuß von 5 Thln. bleibe. Denn um so viel — um 5 Thlr. per Zentner — kann Holland uns wirklich seinen javaischen Rohzucker aus allen vorangeführten Ursachen wohlfeiler liefern, als alle andern Tropenländer, und doch noch sehr wohl dabei bestehen, und muß ihn uns liefern, weil es keine anderen Auswege dafür hat. Dann aber auch kann der hambur-

gische Zuckerhandel mit bestehen, können die norddeutschen Fabriken sich erhalten, und braucht die inländische Rübenzucker-Fabrikation nie höher besteuert zu werden, da der Mehrertrag aus der Imposition des Javazuckers immer noch bedeutender seyn wird, als der Ausfall, den die Staatskassen selbst bei Vermehrung der innern Zuckerkultur erleiden würden. Denn da sich unbedingt der ganze Nationalwohlstand Deutschlands, und vielleicht auf eine bisher noch nicht geahnte Art, nach Anschlusse der Hansestädte an den allgemeinen deutschen Zollverband heben wird, und mehrere statistiker vielleicht nicht mit Unrecht denselben im Allgemeinen nach der Zuckerkonsumtion eines jeden Landes abmessen, so darf man wohl erwarten, daß auch Deutschland sich später zu dem Verbrauch anderer Länder erheben, und doppelt so viel, als jetzt, konsumiren werde.

Nun aber rechnet man in Alt-England die Konsumtion dieses Artikels auf 22 Pfund per Kopf, in Großbritannien mit Irland 17 Pfd., in Holland und Belgien etwa 14 Pfd., in Frankreich 7 Pfd. u., so daß Deutschland, sobald es sich nur zu dem Verbrauch Frankreichs erhöhe, fast noch einmal so viel Zucker, als jetzt, konsumiren, dabei aber auch mehr Produkte und Manufakte aller Art hervorbringen, und Handel, Schiffahrt, Fabriken, Rübenzucker-Kultur, Alles gleichzeitig mit den Staatsrevenüen sich mehren würde, ohne selbst Holland mit seinen javaischen Zufuhren gänzlich von uns auszuschließen, da es, wie vorerwähnt, auch bei einer um 5 Thlr. höhern Besteuerung immer noch bestehen kann, und also auch ferner noch Sendungen machen, aber abgehalten würde, Deutschland damit zu überfluten, und alle andern Handels- und Industriezweige dadurch zu ruiniren. Heben sich aber letztere durch gedachte Maßregel, so hebt sich auch inmitten des allgemeinen Wohlstandes der unserer Zuckerkonsumenten, die sich dann wahrlich weder beklagen können noch werden, wenn sie wirklich auch ein Pfund Zucker um einige Pfennige oder Kreuzer theurer, als jetzt, bezahlen sollten, da sie Dies auf andere Art doppelt und zehnfach wieder gewinnen würden. Ueberhaupt ist aber auch der jetzige wohlfeile Zuckerpreis, wie ich schon mehrfach angedeutet habe, ein erkünstelter, kein natürlicher, den Holland nur so lange auf seinem jetzigen Standpunkt erhalten oder vielleicht noch mehr herabdrücken wird, bis es auch aus den Hansestädten alle Konkurrenten vertrieben, und seine offen ausgesprochene Absicht, ganz Deutschland ausschließlich mit Zucker und Kaffee versehen zu wollen, erreicht hat. Sollte aber dieser unglückliche Fall wirklich eintreten, so würden unsere Konsumenten sich bald überzeugen, daß sie dann inmitten der allgemeinen Verarmung den Holländern bald ihren Zucker würden theurer bezahlen müssen, als dies je inmitten des inneren Wohlstandes an eigene Fabrikanten, sey es von indischem oder Rübenzucker, jemals der Fall seyn wird. Uebrigens aber dürften gerade die Zuckerkonsumenten, die doch mehr nur den wohlhabenderen Klassen angehören, sich am wenigsten über allzu hohe Besteuerung in Deutschland zu beklagen haben, da fast überall in Europa die Verbrauchssteuer dieses Artikels höher ist, als im Zollverband.

Vorstehendes möge genügen, um den doppelten Beweis zu liefern, daß Deutschland nicht nur ein gebieterisches Interesse hat, den javaisch-holländischen Handel auf die hier angedeutete Art zu beschränken, sondern daß es Dies auch kann, ohne irgend sonstige Beeinträchtigung dadurch zu erleiden, folglich hier gar nicht einmal der sonst so häufige Fall eintreten würde, durch eine wohlthätige allgemeine Maßregel Einzelinteressen zu verletzen.

Unterblieben aber erwähnte Maßregeln, und verblieben die deutsch-holländischen Verhältnisse, wie sie sind, so verbleibt Deutschland auch, was es seit länger als 200 Jahren gewesen ist, eine holländische Kolonie, und wird mit jedem Jahre in

noch tiefere Abhängigkeit von seinem Stief-Mutterlande versinken.

Deutschland.

(Nachener Zeitung.) Das Amsterdamer Handelsblatt hat eine neue Fahne aufgesteckt, darauf zu lesen ist: Keine Handelsverträge mehr! Holland soll mit keinem Staate mehr kontrahiren, damit es mit Niemanden mehr in Angelegenheit komme, und mit Jedem ohne Unterschied Geschäfte zu machen suchen. Es will jenen Bankler nachmachen, der in der Regel nicht mehr an die Börse geht, sondern abwartet, daß die Makler zu ihm kommen, weil sie ihn doch nicht entbehren können. Denn da er alle Märkte beherrscht, so macht er die Kurse. Hat Holland ein Recht, so stolz zu thun und darauf zu trogen, daß man sich auf sein Komptoir bemühen müsse, um es zu bitten, und seine Waaren abzulassen? Wenn jener Kaufmann sein Vermögen realisiert, so bleibt er ein reicher Mann. Wenn Holland sich aus den Geschäften zurückzieht, so ist es im Fallistande, denn das Defizit ist trotz der großen Geschäfte schon jetzt da. Wenn Deutschland auch Holland nicht ganz entbehren kann, so doch zum Theil; Holland aber kann sich nur durch vergrößerten Verkehr retten, nicht wenn dieser durch Konkurrenz geschwächt wird. Das oben genannte Organ fügt aber sogar hinzu, jener Wahlspruch, den es jetzt aufstellt, sey immer seine Ansicht gewesen. Dies heißt aber nur auf eine Plankerei noch einen größern Trumpf setzen. Warum hat es sich nicht früher ausgesprochen? Warum hat die holländische Regierung, hierin die Vertreterin der holländischen Handelsherren, sich so viel Mühe gegeben, mit Deutschland Verträge zu schließen? Warum sind ihre Emisäre von Hof zu Hof gereist, um die Stimmung zu ihren Gunsten zu bearbeiten? Warum haben sie Memoiren auf Memoiren geschrieben, um allen Einwendungen zu begegnen, alle Besorgnisse, die schon früher aufstauten, zu beseitigen? Doch nicht aus purer Liebe zu uns, aus reiner nachbarlicher Freundschaft? Aber die Trauben sind jetzt sauer, weil sie hoffentlich etwas höher gehängt worden sind. Schlimm genug, daß schon die niederen preisgegeben werden mußten. Wir machen euch keinen Vorwurf daraus, daß ihr besser rechnen konntet, als wir; aber nachdem wir mit eurem Lehrgeld die ersten Spezieis begriffen, kommt uns nicht mit Redensarten, sondern seyd ehrlich, und ihr werdet dabei besser fahren. Mit eurem Wize, daß wir auf dem Blockberge Thee pflanzen sollen, ist Nichts gethan. Ihr sagt, der Rübenzucker sey Schuld an all dem „Geschrei“. Und wenn dem so wäre? Ihr behauptet freilich, der Rübenzucker könne unter keinen Umständen mit dem euren konkurriren, aber beweist es. Alle Vorwürfe, die man bis jetzt dieser Kultur gemacht hat, haben noch nicht Probe gehalten. Gewiß ist, daß sie gerade in Preußen einem Theil unserer gedrückten Gutbesitzer aufhelfen kann. Und kann sie auch den Rohrzucker nicht verdrängen, was nirgend behauptet wird, so ist schon genug, wenn sie neben ihm bestehen kann. Wir brauchen keinen Thee auf dem Harze zu bauen; wir sind überzeugt, daß, wenn wir nur die Hälfte unseres Zuckerbedarfs selbst erzeugen, die Holländer und schon von selbst auf den Blockberg wünschen werden. Der Rath, unsere Gewürze aus Sachsen zu beziehen, ist zwar sehr artig, denn man braucht künftig nur nach Leipzig zu gehen, wenn uns Jemand dahin wünscht, wo der Pfeffer wächst, aber er kommt doch aus einem verzögerten Munde. Die Gewürze wiegen verhältnismäßig nur leicht in der Waagschale des holländischen Handels; wenn wir uns aber mit englischem Thee und zum großen Theil mit inländischem Zucker behelfen, so dürfte Holland doch Etwas von seinem Wahlsprüche streifen. Dreht euch, wie ihr wollt, nehmt die Waden noch so voll: es ist doch nur Wind, der dahinter steckt, und den der erste ernste Schlag heraustrreibt. Die Sache ist einfach die: ihr müßt uns haben, wenn ihr bestehen wollt, und wir können euch mehr entbehren, als euch lieb, ja als euch notwendig ist. Daß wir Dies können, ist Sache der Regierungen, und wenn wir darum so gegen euch „schreien“, so geschieht es nur, damit die Regierungen uns hören. Holland selbst kann sich nicht rächen, es müßte uns denn Nichts mehr verkaufen, d. h. sich selbst bestehlen wollen.

Berlin, 1. Dez. Aus glaubwürdiger Quelle erfährt man, daß mit Bremen und Hannover von dem Zollverein über ihren Zutritt zum Zollverein Verhandlungen stattfinden, und in ersterer

Beziehung kein Zweifel mehr über ein erwünschtes Resultat obwaltet. Daß aber Hannover beitreten muß, wenn Braunschweig angeschlossen, ist ganz gewiß. Hoffen wir, daß möglichst bald eine Eisenbahn von Aachen nach Antwerpen und ein Vertrag mit Belgien zu Stande kommt, auf daß Nord- und West-Deutschland über Bremen und Antwerpen einen Weg in das Meer finde, und das egoistische Holland mit seinen überseeischen Waaren ganz entbehren könne. — Es verlautet, daß im nächsten Frühling eine Eisenstraße von Halle über Merseburg, Weimar, Gotha, nach Kassel, und von dort in doppelter Richtung über Kippstadt nach Köln und über Marburg und Hanau nach Frankfurt a. M. in Angriff genommen werden, und deren Vollendung im Jahr 1844 erfolgen soll. (Köln. Z.)

Die Neue Würzburger Zeitung schreibt aus Berlin: „Am 1. Dez. haben die Konferenzen der Zollvereins-Staaten wieder begonnen. In denselben sollen hauptsächlich die Verhältnisse des Kolonialzuckers und Rübenzuckers erörtert werden. Nicht unser Finanzminister, der Graf Alvensleben, sondern unser Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Graf Maljan, und der Geheimere Ober-Finanzrath Kühne präsidiren diesmal diesen Sitzungen. Obgleich sich eine erlauchte Person für die Rübenzucker-Fabrikation persönlich günstig ausgesprochen haben soll, so vernehmen wir doch, daß die H. H. Abgeordneten von Baden, Sachsen, Württemberg, und Kurhessen die lebhafteste Ueberzeugung mitbringen, daß die inländische Zuckersabrikation eine unnatürliche sey.“ — Wenn der Korrespondent der Würzburger Zeitung gut unterrichtet ist, so trügen die bezeichneten Abgeordneten eine Privatmeinung zur Schau, welche sich wenigstens bei einem Theil derselben felsam zu dem Inhalt ihrer Instruktionen schicken würde. Wir vermuthen indeß, daß die Angabe auf einem Irrthum beruht, oder eine Auffrischung jener mannigfaltigen holländischen Intriguen ist, welche man früherhin auf diesem Schauplatz in erstem Rang mitgespielt sah.

† Vom Niederrhein, 4. Dez. Die Lehre von dem „Interesse der Konsumenten“, insofern dasselbe mit dem Interesse der Produzenten in direktem Widerspruch steht, nimmt sich nachgerade aus, als ob sie von den Theoretikern, welche zugleich Beamte waren, instinktmäßig in usum Delphini, d. h. zum Nutzen der Beamtenchaft, erfunden worden wäre. Konsument ist allerdings Jedermann, aber gerade deswegen gibt es kein abgesondertes Interesse der Konsumenten, indem derjenige Konsument, welcher zugleich einen Erwerbzweig zum Absatz an andere Konsumenten zu betreiben hat, einen schlechten Profit davon zöge, seine Konsumtionsgegenstände um etwas wohlfeiler einzukaufen zu können, wenn ihm gleichzeitig damit seine Nahrungsquellen geschmälert werden sollten. Wenn er als Produzent nicht mehr Geld genug verdient, zu was wäre es ihm nütze, als Konsument einen Gegenstand billiger ausbieten zu sehen, zu dessen Anschaffung seine Einnahme nicht mehr hinreicht? Zwischen „wohlfeiler“ und „leichter anzuschaffen“ ist noch ein himmelweiter Unterschied, und eine Waare mag „spott-wohlfeil“ seyn, so ist sie theuer für Den, welchem das Geld dazu abgeht. Das Geld aber will verdient seyn, und wenn die Gelegenheit zum Verdienen beschritten wird, dem ist der Woodfob für seine Bedürfnisse höher gehängt, und wenn man zehnmal deren „Wohlfeilheit“ rühmt. Tröstet ihn mit seinem „Interesse als Konsument“, während er in Ermanglung eines Erwerbs Nichts zu nagen und zu beißen hat, und er wird euch den schätzbarsten Theoretiker von der Welt für einen ausgemachten Dummkopf erklären. In dieser leichtbegreiflichen Situation, erst erwerben zu müssen, ehe man „Konsument“ werden kann, befindet sich nun aber die ganze große Masse der Verzehrenden, und es ist die verschrobenste aller Lehren, welche jemals von Theoretikern ohne Praxis ausgebreitet worden, daß ein Interesse der Konsumtion einem Interesse des Erwerbs vorgehn müsse, oder daß die Pflege und der Schutz eines Mittels, zu erwerben, mit dem Bedürfnisse, zu verzehren, in Gegensatz trete. Und dennoch sollen wir uns diese verjährte Abgeschmacktheit fast immer wieder frisch vorsetzen lassen, wo es sich um neue Industriezweige handelt. Anstatt dem Himmel zu danken, daß vermehrte Arbeitskräfte beschäftigt und Kapitalien in Umlauf gebracht werden, welche sonst in Staatspapieren oder gar in ausländischen Industrieunternehmungen angelegt waren, stülpen die H. H. Theoretiker ihre alten Perücken auf, und beweisen uns von dem Standpunkt ihrer Haarbeutel aus, daß nur derjenige Indu-

Striegweil eines Schutzes werth sey, welcher besagten Schutz nicht bedürfe, und daß namentlich bei unserer noch so jungen deutschen Industrie kein Staatschutz angebracht seyn würde, aus dem „einkleuchtenden“ Grunde, weil sie es noch keineswegs so weit gebracht habe, um mit der Industrie anderer Länder konkurriren zu können, die schon hundert Jahre vor ihr anfing, und seit eben so lange durch den Schutz ihrer Regierungen groß und dominant geworden ist. Was dieses Argument etwa noch an Schärfe vermissen läßt, das soll dann durch die Berufung auf das „Interesse der Konsumenten“ ersetzt werden. Da jedoch die „Konsumenten“ erst Etwas haben müssen, ehe sie dafür konsumieren können, da ferner sämtliche Erwerbszweige einander in die Hände arbeiten und die Blüte des einen die des andern fördern hilft, auch das Interesse des öffentlichen Wohlstandes, welcher durch vermehrten Geldumsatz und bereicherte Verwendung von Arbeitskräften emporgehoben wird, nicht wohl für ein bloßes Sonderinteresse gelten kann, so reduziert sich das Interesse der Konsumenten in jenem Sinn, nämlich derjenigen Konsumenten, welche durch eine Pflege der Industrie beeinträchtigt seyn sollen, auf die verhältnismäßig kleine Anzahl Derer, die von einer festen Geldrente zehren, d. h. der Kapitalisten, welche von ihren Zinsen, und der Staatsdiener, welche von ihren Besoldungen leben. Diese Klasse von Konsumenten nun, die letztere namentlich, verliert allerdings dabei, wenn einer ihrer Konsumtionsgegenstände sich im Preise hebt, da ihre Einnahme nicht zugleich damit erhöht wird, wenigstens nicht unmittelbar; bei allen andern „Konsumenten“ aber, welche als Produzenten mit der erwünschten Bereicherung ihres Erwerbs vor Allem auf eine Vermehrung des allgemeinen Wohlstandes angewiesen sind, ist der Fall gerade der umgekehrte. Wer in Süd-Deutschland geräht ist zur Zeit, wo es sich um den Anschluß der dortigen Staaten an den Zollverein handelte, dem wird auch noch wohl erinnerlich seyn, daß es zuvörderst ein Interesse der Staatsdiener war, das sich in Opposition gegen den Anschluß bemerklich machte. Und noch in diesem Augenblicke: was ist denn der Zollverein, wenn man ihm den Maßstab jener konfusen Theorie anlegt? Sind nicht seine Zölle in flagrantem Widerspruch mit dem, was besagte Theorie das „Interesse der Konsumenten“ nennt? Ist nicht sein Daseyn an und für sich, ist nicht das ganze Institut durch und durch eine Verfündigung gegen die sogenannte „Handelsfreiheit“ dieser nämlich Theoretiker? Wird nicht in Hannover, in Hamburg, und überall sonst, wo man sich noch gegen den Anschluß sträubt, als Einwendung gegen den Zollverein genau derselbe Gebrauch von den halbverdauten Theorien über „Handelsfreiheit“ und „Interesse der Konsumenten“ gemacht, wie es von den Gegnern der deutschen Industrie geschieht? Und wenn Beamte des Zollvereins in derselben Weise reden, ist das nicht eine indirekte Protestation gegen die Thatsache des Zollvereins selbst?

Hannover, 4. Dez. Die Ständeversammlung ist vorgestern durch den Prinzen Bernhard von Solms (den Präsidenten des Staatsraths) als königlichen Kommissarius eröffnet worden. Die Eröffnungssrede theilt die hannoversche Zeitung mit, die nun auch endlich ihr Schweigen über die Wahlen bricht und eine Liste der Mitglieder der allgemeinen Ständeversammlung gibt. In dieser Liste fehlen unter den Mitgliedern Zweiter Kammer noch etwa 20 Deputirte. Diese Wahlen sind nicht etwa verweigert, oder noch nicht vorgenommen, oder deren Annahme von den Gewählten verweigert, — sondern die Gewählten sind von Seiten der Regierung zurückgewiesen, und zwar meist ohne alle Angabe irgend eines Grundes oder Vorwandes. Diese Zurückweisung hat aber erklärlicher Weise nur solche Deputirte betroffen, deren Gesinnung die Regierung als unbecquem kannte, namentlich und vorzugsweise solche, welche der Majorität vom Juni d. J. angehört hatten. So ist Senator Dr. Meyer, damals Präsident der Zweiten Kammer, so Dr. Christiani, damals Generalsyndikus, Advokat Westermann, Advokat Buddenberg, Gutbesitzer Schmölz, und eine Menge Anderer (Gleichgesinnter) zurückgewiesen worden. Ob die Regierung die Absicht habe, diese Zurückgewiesenen ganz auszuschließen, oder nur fürs erste, und sie später zuzulassen, — darüber lassen sich um so weniger auch nur Vermuthungen anstellen, als die Zurückweisung, wie gesagt, ohne Angabe von Gründen geschehen ist. Bei der Wahl des Präsidenten Zweiter Kammer machte der Kaufmann Breusing darauf aufmerksam, wie ungewöhnlich und unbillig es sey, bei der Abwesenheit so vieler rechtmäßig und gül-

tig gewählter Mitglieder Zweiter Kammer die Präsidentenwahl vorzunehmen, deren Aussetzung er bis dahin beantragte, daß die noch fehlenden Mitglieder eingetreten seyn würden. Der die Wahl leitende Graf Ruypphausen (Stellvertreter des Erb-Landmarschalls) ließ sich aber auf diese Gründe nicht ein, sondern ließ die Wahl vornehmen, worauf denn Breusing und etwa 15 gleichgestimmte Mitglieder den Saal verließen, ohne an der Wahl theilzunehmen. Die bleibenden Mitglieder nahmen die Wahl vor, und wählten zu den drei Präsidialkandidaten den Kanzleirath Wedemeyer, den Hofrath Sermes, und den Regierungsrath Heinichen. Der primo loco präsentirte Kanzleirath Wedemeyer ist vom Könige bestätigt worden, und hat, nachdem er in die Hände des Grafen Ruypphausen den Eid abgelegt, gestern sein Amt angetreten. Das erste Geschäft dieses Amtes war die Leitung der Wahl eines Vizepräsidenten und Generalsyndikus. Diesemal nahmen Breusing und dessen Freunde an dieser (freilich an Wichtigkeit der Präsidentenwahl nicht gleichkommenden, aber trotzdem heftig bestrittenen) Wahl Theil, und das Resultat war, unter den obwaltenden Verhältnissen selbstsam genug, ein Oppositionserfolg. Zum Vizepräsidenten wurde primo loco der frühere Vizepräsident (vom Juni d. J.), Kanzleiproskurator Holtermann, Deputirter von Stade, präsentirt; neben ihm indes auch jene Beiden, Regierungsrath Heinichen und Hofrath Sermes, von denen einen oder den andern primo loco durchzubringen die Regierungspartei vergeblich bemüht war. Ob nun der König den primo loco Präsentirten als Vizepräsidenten bestätigen wird, steht dahin, ist indessen wohl zu erwarten. Eben so unterlag die eigentliche Regierungspartei bei der Wahl des Generalsyndikus, wozu sie den Schatzrath Eichhorn, bekannt durch seine Vollmachtenprüfung als Generalsyndikus in der Kammer von 1839 und 1840, haben wollte. Die Opposition verband sich mit einigen andern Mitgliedern, und setzte dem Schatzrath Eichhorn den Kanzleirath Hoppenstedt entgegen, der denn auch zum Generalsyndikus erwählt ward. Dagegen segte die Regierungspartei wieder bei der Wahl des Vize-Generalsyndikus, wozu der Konfistorialrath Werner erwählt ward. — Daß Stüve als Deputirter von Donabrid zurückgewiesen wurde, war zu erwarten. — Zu den Reskripten wegen der Ritter des Georgsordens, denen die gehörige Titulatur zu geben, allen Behörden anbefohlen, und die ohne Genehmigung des Königs in Kriminaluntersuchung zu ziehen, den Justizkanzleien verboten worden, ist noch zu bemerken, daß in jenen Reskripten dem Vernehmen nach auf die Statuten des Georgsordens zwar Bezug genommen, aber dabei erklärt worden, daß man deren Veröffentlichung bisher nicht zweckmäßig befunden. Wirklich ist auch bislang von diesen Statuten des Georgsordens Nichts bekannt geworden. Nur das Eine erzählt man sich im Publikum, daß die Hauptbestimmung unter diesen Statuten die sey, daß dieser Orden nur an Personen „von altem und bewährtem Adel“ ertheilt werden solle, während freilich das Mitgliederverzeichnis unseres Hof- und Staats-Handbuchs, das nur fürstliche Personen als Ritter jenes Ordens auführt, auf noch ungleich höhere Ansprüche an die Mitglieder schließen lassen könnte.

Luxemburg, 2. Dez. Wenn neulich gemeldet wurde, nach einem Beschlusse des König-Großherzogs sollten in Zukunft alle Berichte der Verwaltung des Großherzogthums, außer jenen an den Deutschen Bund und an die Festungsverwaltung von Luxemburg, französisch abgefaßt werden, so war das eine irrige Angabe, die von der antinationalen Partei ausging, welche den in ihrem Schoße gehegten Wunsch bereits als eine wirkliche Thatsache hinstellte, ohne Zweifel, um zu sehen, was für einen Eindruck die Sache hervorbringen würde. *) (Rh. u. M. B.)

Schweiz.

Man liest im Schweizerboten: „Den neuesten Nachrichten zufolge sollen in Oesterreich Schritte geschehen zu einer Annäherung an den deutschen Zollverein. Sollte Diefes sich verwirklichen, so wäre die Schweiz von zwei Seiten her vom Verein umschlossen; ein Umstand, der auf die Zukunft der schweizerischen Handelspolitik nicht ohne Einfluß bleiben mag. Haben sich doch schon, ehe davon Etwas laut geworden war, Stimmen hören lassen, welche den Anschluß Oesterreichs an den

*) Das Journal de la Haye bedauert den betreffenden Artikel des „Journal de Luxembourg“ mit folgenden Worten: „Aus guter Quelle vernehmen wir, daß das Journal de Luxembourg falsch berichtet und seine Beschlüsse in dem von diesem Blatte angegebenen Sinne gefaßt worden ist.“

Verein als den Wendepunkt betrachteten, wo die Scheit der Schweizer, sich dem Verein anzuschließen, vor der immer gewaltiger drohenden Nothwendigkeit schwinden müßte. Durch den Beitritt Oesterreichs würden nämlich die Donauenslinien, welche die Schweiz bei ihrem allfälligen Beitritt errichten müßte, auf zwei oder gar eine einzige sich reduzieren, wodurch das Anschließen an den Verbund viel von seiner Unpopularität verlöre."

Dasselbe Blatt schreibt aus Genf: „Der eidgenössische Oberst Dufour, als Mitglied der Opposition, hat sich durch seine freimüthigen Reden im Repräsentantenrath und durch seine Thätigkeit, um Erzeß zu vorbeugen, ausgezeichnet, wurde aber unter einem Haufen Volkes so zusammengedrückt, daß er jetzt krank darniederliegt. Noch bedauert man allgemein die Frau v. Seigneur, Tochter des bekannten Hauptes der Opposition, Bazzy Pasteur, welche durch die Ereignisse dieses Tages so beängstigt und erschüttert wurde, daß sie plötzlich verschied.“

Frankreich.

† Paris, 4. Dez. Der Duñisset'sche Prozeß geht seinen Gang fort, ohne daß im Publikum die geringste Notiz von demselben genommen würde. Die Presse sagt, man könnte sich verächtlich fühlen, diese außerordentliche Gleichgültigkeit für ein gutes Symptom zu halten, wenn sie in dem Abscheu vor Nordattentaten ihren Grund hätte; sie wäre aber ein schlimmes Zeichen, wenn man sie für Nichts weiter halten dürfe, als für einen Beweis von dem Reichthum des französischen Volkscharakters. Duñisset, der ein sehr verstelltes Individuum ist, ergreift so oft als möglich das Wort, um als Ankläger gegen seine Ertzgegner aufzutreten; seine übrigen Aussagen stimmen Wort für Wort mit Dem überein, was er dem Untersuchungsrichter eingestanden hat. — Marschall Clauzel ist sehr erbaut von dem Systeme, welches General Bugeaud in Algier befolgt, zurückgekehrt. Es stehen jetzt im französischen Afrika 82,000 Mann Soldaten. — Der Fürst von Monaco, dessen Gebiet einen Flächenraum von zwei Quadratmeilen einnimmt, hat sich gemüthigt gesehen, innerhalb seiner Staaten die Gazette de France zu verbieten. — Das Rindfleisch ist jetzt in Paris sehr theuer, also essen die Leute Geflügel; in gleicher Weise ist es Mode geworden, statt des Brodes Kuchen zu genießen. So wäre denn also jetzt die Zeit, in welcher jene Prinzessin mit Recht hätte fragen können, weshalb die armen Leute nicht Kuchen äßen, wenn kein Brod da sey!

Großbritannien.

(Vorzeitung.) Für die polnischen Flüchtlinge ist in London wieder getanzt und gesungen worden. Von den 1600 anwesenden vornehmen Theilnehmern war ein hübsches Stümchen eingegangen. Was ist das aber unter so Viele?

Der Bombay Overland Courier vom 1. Nov. schreibt: „Aus China haben wir in dem eben abgelaufenen Monat keine Nachricht erhalten. Der Abgang des englischen Geschwaders, welches die Insel Hong-kong verlassen hatte, um den Schauplatz der Feindseligkeiten nach dem Norden des Reichs zu versehen, ist die letzte bekannt gewordene Nachricht. Die Entfernung zwischen dem Geschwader und Bombay ist zu groß, als daß wir schon Nachricht von der Expedition hätten erhalten können, mit welcher unsere Verbindungen minder häufig und minder schnell seyn werden, als bisher. — Für den Augenblick ist das interessanteste Ereigniß für Ostindien der bevorstehende Krieg mit Birma. Die letzten Nachrichten aus diesem Reich gehen aus der englischen Kolonie Mulein bis zum 22., und aus Rangun (der Hauptstadt des von den Birmanen unterworfenen Pegu, an einer der Mündungen des Irrawaddy) bis zum 25. Sept. Tharawaddy, der Herrscher von Birma, stand nur noch 70 englische Meilen von Rangun. In dieser

Stadt wurden große Vorbereitungen zu seinem Empfang getroffen. Der König hatte ein Heer von etwa 50,000 Mann bei sich, wobei die unglaubliche Zahl von Dienern, Weibern, und Kindern nicht gerechnet ist. Die Zahl der Barken, auf welchen er den Irrawaddy herabgefahren, soll sich auf 50,000 belaufen. Die Fürsten von Brome und von Pagan befehligen den Vortrab. Die europäischen Kaufleute in Rangun sind sehr unruhig. Tharawaddy's Absichten sind noch ungewiß, man glaubt aber allgemein, daß er feindliche Operationen gegen die Engländer beabsichtige, um die im Jahr 1826 an England abgetretenen Tenasserimprovinzen (mit Mulein, Martaban, Mergui) wieder zu erobern.“ — Die Bombay Times schreibt: „Die Annäherung des Königs von Birma, der mit nahezu 100,000 Mann gegen Rangun marschirt, hat den Generalgouverneur wegen Mulein in Besorgniß gebracht. Zahlreiche Streikräfte gehen nach den bedrohten Punkten ab. Man rechnet darauf, daß der König Tharawaddy eine gute Lektion erhalten werde. Wir werden zu zeigen wissen, daß wir, obgleich wir Afghanistan und China die Spitze bieten müssen, doch diesen Rebellen zu züchtigen im Stande sind.“

Türkei.

Nach englischen Nachrichten aus Beyrut vom 20. (in der Malta-Times) waren die Feindseligkeiten zwischen den Drusen und Maroniten eingestellt, nachdem die Ersteren Grausamkeiten und Frevel aller Art verübt, im Süden von Beyrut eine große Anzahl Dörfer in Asche gelegt, und Streifzüge bis in die Gegend von Zahle unternommen hatten. Sie würden sich ohne Zweifel dieses Küstenpunktes bemächtigt haben, wenn nicht ein türkisches Truppenkorps in der Nähe desselben postirt worden wäre. Seitdem waren sie in ihre Gebirge zurückgekehrt, während in Beyrut noch viele hunderte von Flüchtlingen, besonders Greise, Weiber, und Kinder sich aufhielten.

Amerika.

Die Dampfsboote, welche zwischen England und den Vereinigten Staaten fahren, versehen auch in dieser stürmischen Jahreszeit den Dienst mit einer überraschenden Regelmäßigkeit. So lief z. B. die Caledonia, welche am 4. November Liverpool verließ, schon am 17., nach einer Fahrt von zwölfstündigen Tagen in den Hafen von Halifax in Neu-Schottland ein. Am 18. war die Britannia von dort abgefahren, und warf am 30. vor Liverpool Anker. Auf der Gränze war Alles ruhig; in Kanada sah man der Ankunft des neuen Statthalters Sir G. Bageot mit Spannung entgegen. In Toronto war in einer Versammlung beschlossen worden, die Regierung zu ersuchen, künftig die kanadische Legislatur abwechselnd in der genannten Stadt und in Quebec ihre Sitzungen halten zu lassen, und den obern und untern Landesrath in dieser Hinsicht gleichzustellen. — Der Prinz von Joinville durchkreuzte im Laufe des Oktobers die nördlichen Staaten der Union, war zwei Tage am Niagarafall, fuhr über den Huronsee, und beabsichtigte durch Illinois nach St. Louis in Missouri zu gehen, wo die dort zahlreich angestellten Franzosen ihm zu Ehren ein großes Festmahl geben wollten. — In Mexiko sind alle nördlichen Provinzen in einem Zustande der Anarchie. In der Hauptstadt selbst hat Santa Anna die Oberhand behalten, und seinen Gegner Bustamente für unfähig erklärt, die Regierung zu führen. Der Kongreß sollte aufgelöst werden, und ein neuer zusammentreten, der dann zu bestimmen hätte, in wessen Hände die Regierung zu legen sey. Die Antwort ist im voraus gegeben: Santa Anna wird sich zu einer Art von Protektor aufwerfen, bis ihn ein Anderer stürzt. Uebrigens ist die Revolution auch diesmal wieder von der Soldateska gemacht worden, die seit Vertreibung der Spanier das Heft in der Hand hält, und von ehrgeizigen Generalen nach Belieben geleitet und mißbraucht wird.

Organ für Handel und Gewerbe,

herausgegeben von Dr. A. v. Vinzer.

8. Folio, wöchentlich 3 Nummern mit vielen Beilagen. Preis halbjährig für Köln 3 Thlr., bei der f. preuß. Postanst. 3 Thlr. 22 Sgr., durch den Buchhandel ganzjährig 6 $\frac{1}{2}$ Thlr.

Mit dem 1. Januar beginnt der achte Jahrgang

dieser Zeitschrift. Wie die Redaktion es sich bisher zur Aufgabe gemacht, in dem weiten Gebiete, das der Titel bezeichnet, nichts Wichtiges unberührt zu lassen, so wie durch Originalmittheilungen und zuverlässige Korrespondenzen das Organ seinem Zwecke würdig zu halten, hat dieselbe sich entschlossen, vom Januar ab, statt des wöchentlichen Wochenblatts des Gewerbevereins, eine Beilage dem Transportwesen ausschließlich zu widmen. Diese Beilage wird dann alle Nachrichten über Eisenbahnen und Dampf-Schiffahrt bringen. Im Uebrigen

bleiben Plan und Einrichtung des Organs unverändert.

Anzeigen werden zu 1 $\frac{1}{2}$ Sgr. der Zeile oder deren Raum aufgenommen. — Alle Buchhandlungen nehmen Bestellungen darauf an.

Köln, im Dezember 1841.

Die Expedition d. Organ's f. Handel u. Gewerbe:

Ludwig Kohnen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Wiehne.

Drucker und Verleger: A. Kuttel.